

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag

(Zweite Extra-Beilage zu No. 65.)

16. März 1849.

Taktik der Frankfurter Zeitung.

(Frankfurt, 16. März.)

Unseres Wissens ist bisher in der Tagespresse die Unredlichkeit ohne Beispiel gewesen, daß ein erklärtes Parteiorgan aus einer andern Zeitung einen abhandelnden Artikel mit Quellenangabe in seine Spalten herübergenommen hat, nachdem es denselben zuvor durch willkürliche Veränderungen und absichtliche Verfälschungen so zurechtgestutzt, wie es für und in sein Parteigetriebe paßt. Dieses Beispiel gibt die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer heutigen Nummer, wissentlich und geküßentlich die Leser dadurch in einer Weise täuschend, für welche die Verantwortung zu übernehmen die „Frankfurter Zeitung“ ein weites Gewissen haben muß. Welche Motive dieses Blatt zu einem — um den gelindesten Ausdruck zu gebrauchen — so unredlichen Verfahren bestimmt haben mögen und ob die „Frankfurter Zeitung“ des Glaubens ist, daß ihr Parteizweck auch ihre Mittel heilige, können und wollen wir füglich dahin gestellt sein lassen; es mag auch der „Frankfurter Zeitung“ fernerhin unbenommen bleiben, die „Oberpostamtszeitung“ auszubeuten, aber mit aller Entschiedenheit verwahren wir uns gegen das sträfliche Beginnen der „Frankfurter Zeitung“, abhandelnde Artikel der „Oberpostamtszeitung“ zu entstellen, zu verdrehen und zu verfälschen, um dann noch die Stirne zu haben, das aus solchem Beginnen entstandene Machwerk als das Eigenthum und die Ansicht der „Oberpostamts-Zeitung“ zu bezeichnen und dadurch die Zeitungsleser zu täuschen. Die sittliche Entrüstung über die Unredlichkeit der „Frankfurter Zeitung“ wird jeder mit uns theilen, der die beiden nachstehenden Artikel, die wir zu besserem Vergleich nebeneinandergestellt, mit Aufmerksamkeit prüft. Die mit gesperrter Schrift gedruckten Stellen bezeichnen die Auslassungen, Veränderungen, Entstellungen u. d. der Frankfurter Zeitung.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Ueber die neue Verfassung Oesterreichs.

Oesterreich hat sein in Kremsier gegen Deutschland gegebenes Wort erfüllt. Es hat sich durch die der Gesamtmonarchie ertheilte Verfassung versündigt und zwar als Einheitsstaat in den wesentlichsten Beziehungen. Hätte sich Deutschland in der Zwischenzeit ebenso versündigt, so wäre der Moment gekommen, um sich über die Revision der alten Bundesgesetzgebung mit Oesterreich zu verständigen. Alsdann würde das Geschäft darin bestanden haben, die durch die eigenen Handlungen Oesterreichs und Deutschlands unanwendbar gewordenen Bestimmungen wegzustreichen und nur noch diejenigen aufrecht zu erhalten, die von beiden Seiten nach dem Principe der gleichen Berechtigung und Verpflichtung vollzogen werden konnten. Nicht schwer würde es geworden sein, die Lücken, die sich gezeigt hätten, auszufüllen, und das Band, das Deutschland an Oesterreich fesselte, fester als zuvor zu knüpfen. Leider sind wir durch egoistische Zwischenträger und kurzfristige Staatsmänner von diesem Ziele entfernt worden. Während in Wien und Olmütz die Versündigung Oesterreichs vorbereitet wurde, und man mit sich über das, was zu thun war, völlig im Reinen gewesen ist, griff man in Deutschland in die Speichen des dem Ziele zu rollenden Rades und suchte den Wagen in andere Bahnen zu lenken, auf die Gefahr hin, daß er an den selbstgeschaffenen Hindernissen zerbrechen oder gar in den Abgrund der Revolution stürzen würde. Wir freuen uns, daß dieses verderbliche Treiben fortan nicht mehr möglich sein wird. Bereits hat die zurückweisende Behandlung, die der groß-deutschen Deputation in Wien zu Theil geworden, gezeigt, daß Oesterreich es unter seiner Würde hält, eine doppelte Sprache zu führen und Vorschläge zu begünstigen, die den Stempel der Unausführbarkeit an ihrer Stirn tragen. Wir zweifeln nicht, daß die österreichische Regierung den hier ausgearbeiteten Entwurf eines Directoriums, der in dem Hauptpunkte des Präsidiums ihren eigenen Instructionen widerspricht, gleichfalls verworfen wird. Sie wird, man verzeihe uns den Ausdruck, den Widerspruch nicht billigen, die sämtlichen kleinen deutschen Staaten, welche sich für einen einheitlichen Bundesstaat ausgesprochen haben, und in Preußen ihren Hauptstützpunkt finden, unter die Obhut von vier oder fünf mittleren Staaten zu stellen, die unfähig sind, die Träger irgend eines politischen Systems zu sein, und selbst des Schutzes bedürfen. Sie wird es nicht gut heißen, daß man auch nur den Versuch machte, die Großmacht Preußen in eine ebenso unwürdige als unhaltbare Stellung zu bringen. Die wahre Politik Oesterreichs fordert, stets ein freundschaftliches und wohlwollendes Verhältnis mit Preußen zu unterhalten, und daß dieses Ziel nicht ohne gegenseitige Rücksichtnahme und Opfer erreicht werden kann, bedarf keiner Ausführung. Daß Preußen von der Wahrheit dieses Satzes durchdrungen ist, hat es oft und vielfach bewiesen, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß hierin der Hauptgrund der Ernennung des Grafen Arnim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin gelegen ist. Nur eine solche offene Demonstration kann Oesterreich nicht mit einem direct gegen Preußen gerichteten Antrag über die Bestellung des Oberhauptes von Deutschland antworten wollen. Bei der Deffentlichkeit, mit der alle Staatsgeschäfte betrieben werden, kann man nur durch die größte Wahrheit und volle Aufrichtigkeit ein befriedigendes Resultat erlangen. Mit Feinheiten und listigen Vorschlägen vermag man wohl die Geschäfte augenblicklich in Verwirrung zu bringen, der schlechte Erfolg kann aber niemals ausbleiben und muß unfehlbar auf seine Urheber zurückfallen. Wir hoffen sonach, daß zwischen Olmütz und Berlin eine Verständigung über die Haupttrichtung des deutschen Verfassungswerkes zu Stande kommen, und man uns nicht länger hindern werde, dasjenige für uns zu thun, was Oesterreich für sich als das Beste und Zweckmäßigste erkannt hat.

Frankfurter Zeitung. (Wortgetreuer Abdruck.)

Ueber die neue Verfassung Oesterreichs.

(Aus der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung, Beil. zur Nr. 62.)

Oesterreich hat sein in Kremsier gegen Deutschland gegebenes Wort erfüllt. Es hat sich durch die der Gesamtmonarchie ertheilte Verfassung versündigt

land in der Zwischenzeit ebenso versündigt, so wäre der Moment gekommen, um sich über die Revision der alten Bundesgesetzgebung mit Oesterreich zu verständigen. Als dann wurde das Geschäft darin bestanden haben, die durch die eigenen Handlungen Oesterreichs und Deutschlands unanwendbar gewordenen Bestimmungen wegzustreichen und nur noch diejenigen aufrecht zu erhalten, die von beiden Seiten nach dem Principe der gleichen Berechtigung und Verpflichtung vollzogen werden konnten. Nicht schwer würde es geworden sein, die Lücken, die sich gezeigt hätten, auszufüllen, und das Band, das Deutschland an Oesterreich fesselte, fester als zuvor zu knüpfen. Leider sind wir durch egoistische Zwischenträger und kurzfristige Staatsmänner von diesem Ziele entfernt worden. Während in Wien und Olmütz die Versündigung Oesterreichs vorbereitet wurde, und man mit sich über das, was zu thun war, völlig im Reinen gewesen ist, griff man in Deutschland in die Speichen des dem Ziele zu rollenden Rades und suchte den Wagen in andere Bahnen zu lenken, auf die Gefahr hin, daß er an den selbst geschaffenen Hindernissen zerbrechen oder gar in den Abgrund der Revolution stürzen würde. Wir freuen uns, daß dieses verderbliche Treiben fortan nicht mehr möglich sein wird. Bereits hat es sich

gezeigt, daß die österreichische Regierung es unter ihrer Würde hält, eine doppelte Sprache zu führen und Vorschläge zu begünstigen, die den Stempel der Unausführbarkeit an ihrer Stirn tragen.

Sie wird, man verzeihe uns den Ausdruck, den Widerspruch nicht billigen, die sämtlichen kleinen deutschen Staaten, welche sich für einen einheitlichen Bundesstaat ausgesprochen haben,

unter die Obhut eines Sonderstaates zu stellen, der unfähig ist, der Träger irgend eines politischen Systems zu sein, und selbst des Schutzes bedarf. Sie wird es nicht gut heißen, daß man auch nur den Versuch machte, Preußen in eine eben so unwürdige als unhaltbare Stellung zu bringen. Die wahre Politik Oesterreichs wie Preußens fordert, stets ein freundschaftliches und wohlwollendes Verhältnis zu unterhalten, und daß dieses Ziel nicht ohne gegenseitige Rücksichtnahme und Opfer erreicht werden kann, bedarf keiner Ausführung. Daß Preußen von der Wahrheit dieses Satzes durchdrungen ist, hat es oft und vielfach bewiesen, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß hierin der Hauptgrund zur Ernennung des Grafen Arnim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin gelegen ist. Nach einer solch offenen Demonstration kann Preußen nicht mit einem direct gegen Oesterreich gerichteten Antrag über die Bestellung des Oberhauptes von Deutschland antworten wollen. Bei der Deffentlichkeit, mit der alle Staatsgeschäfte betrieben werden, kann man nur durch die größte Wahrheit und volle Aufrichtigkeit ein befriedigendes Resultat erlangen. Mit Feinheiten und listigen Vorschlägen vermag man wohl die Geschäfte augenblicklich in Verwirrung zu bringen, der schlechte Erfolg kann aber niemals ausbleiben und muß unfehlbar auf seine Urheber zurückfallen. Wir hoffen sonach, daß zwischen Olmütz und Berlin eine Verständigung über die Haupttrichtung des deutschen Verfassungswerkes zu Stande kommen und man uns nicht länger hindern werde, dasjenige zu thun, was Jeder, der noch einen Funken von Vaterlandsliebe im Herzen, und ein Loth gesunden Verstand im Kopfe hat, längst schon als das Beste und Zweckmäßigste erkannt hat.

Ueber das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland

vom handelspolitischen Standpunkte.

I.
(Schluß.)

Die Zahl der Dinge, welche eine vereinte Ausbildung zulassen, ist groß und wird noch stets wachsen. Es sei hier für jetzt nur auf Münzwesen, Postwesen, Eisenbahnen, Flußbauten und Handelsstraßen, Telegraphen, Auswanderung und Colonisation, Patentwesen und Handelsrecht hingewiesen, welche schon Stoff zu vielfachen Verständigungen geben. Zur Handhabung aller dieser Beziehungen, sowie zur Besprechung und Vereinbarung der Fragen der höheren Politik, würde ein österreichisches Collegium, an dessen Spitze ein bevollmächtigter Gesandter stände, seinen Sitz in Frankfurt bei der deutschen Centralgewalt nehmen und andererseits würde ein gleiches Collegium mit gleichem Vorstande von Seiten des deutschen Bundesstaats bei der österreichischen Centralgewalt zu Wien errichtet werden können. Durch Vermittlung beider würden die Communicationen der beiden Regierungen stattfinden, und sobald eine Veranlassung vorhanden, beide Collegien oder deren Chefs mit den betreffenden Ministern beider Centralgewalten oder deren Delegaten Conferenzen halten, um sich über gleiche Schritte zu einigen. Es springt in die Augen, wie leicht diese Organisation sich zu Zwecken gemeinsamer Wehrhaftigkeit nicht nur, sondern zur Abnähmung jeder Art von sachlich übereinstimmender Gesetzgebung im Innern, zur Einleitung und Sicherung einer gemeinsamen politischen Stellung nach Außen benutzen und erweitern lassen würde. Je mehr aber die Zahl der Interessen und Einrichtungen, welche gemeinschaftliche werden, steigt, und sie wird von Anfang an groß sein, desto mehr wird und muß sich das Band unter beiden Staaten befestigen, es muß, durch die vorliegende Nothwendigkeit getrieben, am Ende fester werden, als es irgend welche formelle Bestimmungen zu machen vermöchten, die übrigens — sei es in einer Unionsacte, sei es in völkerrechtlichen Verträgen — zwischen Deutschland und Oesterreich festzusetzen unbenommen, ja wünschenswerth und zum Theil nothwendig bleibt. Solchergehalt kann ein Bund zwischen Oesterreich und Deutschland begründet werden, der, obwohl auf das bisherige Bundesverhältnis gebaut, doch zum Vortheil beider Bundesgenossen weit von ihm verschieden, eine neue und höhere Gestaltung ist. Das Feld der gemeinsamen Wirksamkeit war bisher auf wenige Gegenstände beschränkt, und Oesterreich blieb dem übrigen, dem Zollvereinten Deutschland ziemlich fern. Jetzt aber handelt es sich darum, in allen Fragen des Handels, der Schifffahrt, der Industrie, der Bodencultur, der diese fördernden Institutionen, des sie sichernden Rechtszustandes, der dieselben verbürgenden Schutzmittel wider das Ausland, also der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande und der darauf sich stützenden höheren Politik, ein engeres Band zu knüpfen, und zwar Schritt für Schritt vorschreitend, wie es die Interessen Aller erheischen, um die beiden großen Völker- und Staatencomplexe zu einem Zwillingsbundesstaate, oder wenn man lieber will, zu vereinigten Staaten von Mitteleuropa zu machen, ohne dem Einen oder dem Andern die selbstständige Wahrnehmung seiner eigenen Angelegenheiten zu nehmen, ohne das europäische Gleichgewicht zu stören und ohne Deutschland jener ihm nothwendigen engeren Einheit zu berauben, welche es im bloßen Staatenbunde aller seiner Theile nicht erreichen kann. Nur so ist es möglich, die Verschiedenheit der Interessen zu verschmelzen, allen Theilen gerecht zu werden und glücklichere Zustände für eine große Bevölkerung herbeizuführen. Ein plötzlicher Umsturz aller bestehenden Verhältnisse würde unfehlbar zu neuen Umwälzungen und argen Absonderungen führen. Hat man aber die Lage der wirklichen und materiellen Verhältnisse vor Augen, welche für die Gestaltung der Staatsformen von der überwiegenden Wichtigkeit sind, so wird auf solcher Grundlage das Vereinigungswerk zwischen Oesterreich und Deutschland keine Schwierigkeit finden, und schon jetzt vor der Ausbildung und völligen Entwicklung der beiderseitigen Verfassungen und Gesetzgebungen eintreten können. Ja es ist sogar zu wünschen, daß beide Staaten, in richtiger Würdigung der Sachlage, schon jetzt sich dahin vereinigen, daß sie sich, jeder für sich, consolidiren und daß zugleich das Werk des engen Bundes unter ihnen vom Anfang der Neugestaltung beider an beginne, damit in möglichster Uebereinstimmung und brüderlicher Harmonie die Formen eines bleibenden Einverständnisses sich nach Maßgabe des Erfordernisses und der Umstände ausbilden können.

* Annehmen oder ablehnen.

Welcher hat die Lösung gegeben: die Verfassung werde angenommen, Preußen an die Spitze gestellt, dann ist Deutschland gerettet. Der Verfassungsausschuß hat den Ruf verstanden, die Versammlung rüßet sich, ihm zu folgen. Es ist ein wichtiger, ein entscheidender Augenblick. Die Annahme des Ausschussesantrags ist der einzige Weg aus einem Labyrinth von Wirral; wird er nicht rasch und müßig betreten, dann hat das heute beratene Auswanderungsgesetz Jenen den Weg gezeigt, welche es nicht ertragen können, das Vaterland in neuer Schmach zu sehen. Oesterreich hat gesprochen; es will nicht eintreten in

den deutschen Bundesstaat; es kann nicht eintreten. Sein Cabinet verweist auf „die neue und feste Form“, welche der 4. März dem Kaiserstaate gegeben, die Form, welche auch seine deutschen Bundesländer umfaßt. An Deutschland ist es, sich nun ebenfalls die neue, feste Form zu geben, deren es nicht minder dringend bedarf, und alsdann mit Oesterreich über das Bundesverhältnis zu vertragen. — Mit dem provisorischen Zustande kann Deutschland den Dingen, die da kommen werden, nicht entgegengehen. Wir hören, der Krieg in Schleswig soll mit allen möglichen Rücksichten für Dänemark geführt, der Feind soll nicht gereizt werden. Das wäre gefährlich, denn alsdann wird der gerechte Unmuth der Nation gereizt, alle Richtungen der Unzufriedenheit mit den schwankenden Zuständen und ihren Folgen finden einen gemeinsamen Brennpunkt, — dann kommt erst die rechte Gefahr über Deutschland. Will Dänemark Krieg, so muß er mit aller Kraft von Deutschland geführt werden, ohne alle Rücksichten auf Drohungen der großen Mächte. Es geht uns nur dann schlecht, wenn wir zagen; verfolgen wir mutig unser Ziel, so erwerben wir uns Achtung und Freunde. Dazu brauchen wir aber eine deutsche Verfassung und eine feste Reichsgewalt. Fragen wir auch nicht, ob Preußen annehmen werde oder nicht. Zwischen der Rückkehr unter die alte Verfassung, unter St. Petersburg und Wien, wo die preussischen Vorschläge und Bedenken in den Papierkorb geworfen wurden, und der erhabenen Stellung in dem deutschen Reiche gibt es für Preußen keine Wahl. Die Reichsversammlung beschliesse den Bundesstaat und fordere Preußen auf, seinen Posten einzunehmen, — es kann nicht fahnenflüchtig werden. Geht der Augenblick des patriotischen Aufschwungs, den die Versammlung endlich noch einmal gefunden, unbenutzt vorüber — es war der letzte. Frankfurt wird das Schicksal von Brandenburg u. Kremsier theilen, den verfassungsgewohnen, aus freier Volkswahl hervorgehenden Versammlungen ist das Urtheil gesprochen, für Deutschland, wie für Preußen und Oesterreich, wird eine Verfassung octroyirt werden müssen, und diese wird nichts anderes sein können, als — entweder der alte Bund, oder etwas schlimmeres. Dies erwäge doch Jeder, welcher bei der Entscheidung mitzuwirken berufen ist. Es handelt sich nicht darum, diese oder jene Bestimmung in der Verfassung bei einer zweiten Lesung zu verbessern, es bleibt nichts mehr übrig, als das Ganze, wie es liegt, anzunehmen, oder das deutsche Reich, die Hoffnungen der Nation, die Zukunft des Vaterlandes abzulehnen.

Bonn, 14. März. Unsere Stadt hat heute ein etwas kriegerisches Aussehen; Patrouillen gehen durch die Straßen und — der Universitätscarcer muß militärisch beschützt werden. Sie haben berichtet, wie zur Feier des 24. Februar ein Studenten-Festzug vom Markt zum Bankettlocale stattgefunden, bei welchem trotz dem Verbot des akademischen Senates oder vielmehr wegen dieses Verbotes die Studenten eine ungemein große Theilnahme bewiesen. In Folge dieses Festzuges wurde vom Universitätsgericht eine Untersuchung eingeleitet, und wurden darauf die Studenten Pappenheim zur Relegation, Wessel zum Consilium abeundi, Reimer zum Unterzeichnen des Consiliums und einer vierzehntägigen Carcerstrafe verurtheilt. Stud. Pappenheim ist aber, wie die Rinkelsche Zeitung sagt, „ein populärer demokratischer Agitator“, und er ermangelte nicht, in dieser seiner dem Senate furchtbaren Eigenschaft den wahren Grund seiner strengeren Befragung zu erblicken und demgemäß bei der Publication des Urtheils vor dem versammelten Senat seine Meinung unverhohlen über das ganze Verfahren auszusprechen. Der Senat aber verurtheilt jetzt noch nachträglich wegen Beleidigung denselben zu zehntägiger Carcerstrafe, und ließ die Strafe gegen den sich Weigernden militärisch vollstrecken. Das veranlaßte denn nun eine demokratische Volksversammlung bei Wiersberg, eine etwas tumultuarische Demonstration gegen den Rector, Prof. Voebell, eine große Bürgeradresse an die Mutter des Märtyrers und die militärischen Schutzmaßregeln, deren ich oben gedachte. Zum Belagerungszustande wird es aber nicht kommen. (Köln. Z.)

00 Dresden, 12. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantwortete der Staatsminister v. Beust die Schaffrath'sche Interpellation, ob deutsche oder bayerische Truppen zur Intervention für den Papst verwendet werden sollten, dahin: daß die Regierung von dieser Intervention keine Kenntniß erhalten habe und das Ganze als falsche Zeitungsnachricht ansehen müsse; desgleichen auch die Tzschirner'sche Interpellation, ob die Regierung die Erklärung des vorigen Ministeriums bezüglich der den Censur und das absolute Veto betreffenden Grundsätze bei Vereinbarung der Reichsverfassung zurückzunehmen gedenke: daß die Regierung auf die durch die bekannte Collectivnote geänderte Sachlage aufmerksam machen müsse; jedoch derselben in Hinsicht auf das absolute Veto mit der Ansicht des abgetretenen Ministeriums übereinstimme. Endlich auf die Böttcher'sche Interpellation, die Benutzung der sächsischen Truppen im Kriege gegen Dänemark betreffend: daß allerdings sächsische Truppen nach Schleswig-Holstein beordert wären. Die sächsische Armee werde diesen Ruf mit Freuden vernehmen; dadurch aber sei nicht bedingt, daß fremde Truppen nach Sachsen herangezogen würden. Im Gegentheil, die Regierung finde diese Maßregel für unrathsam. Die Interpellanten Böttcher und Tzschirner behielten sich weitere Anträge vor. Vicepräsident Tzschirner stellt sodann eine neue Interpellation, worin er das jetzige Ministerium um seine Grundsätze befragt, da das von demselben vorgetragene Programm lückenhaft sei und eine Camarilla sich bemühe, den König zu umfärben, damit er das Schwert gegen sein eigenes Volk gebrauche, einen Staatsreich beuge und sein Scepter an den Prinzen Albert abtrete. Man beabsichtige, eine octroyirte Verfassung zu geben, um das neue Wahlgesetz aufheben zu können. Die Gerüchte von einer vorbereiteten Verschönerung seien von der Reactionspartei erfunden (— im ganzen Lande wisse Niemand

etwas davon —), um die jetzigen Volksvertreter zu verächtlichen. Doch dieselben denken gar nicht daran, die Verfassung zu stürzen; sie werden, ihrem Eide getreu, die Verfassung und den König schützen. Aber die Kammermajorität wünsche Abänderung der Verfassung, welche zu einer Zeit gegeben, die für unsere nicht maßgebend sein könnte. Als Wünsche der Kammer bezeichnet er: Einführung des Einkammersystems, Aufhebung des absoluten Veto, gerechteres Steuersystem, Ersparnisse im Staatshaushalte, Wegfall der nicht verfassungsmäßigen Apanagen, Abschaffung der Gesandten und des unmäßigen Pensionswesens, Einräumung der Mitwirkung des Volkes bei Wahl der Richter — durch Vorschlagsrecht, welches die Lausitz sonst schon ausübte; Vereinfachung der Verwaltung (was die Regierung bereits zugesagt) durch Kreis- und Bezirksverwaltungen; das Selbstvermament in den Gemeindeverwaltungen; Einführung einer Volksbewaffnung, wie in der Schweiz, welche den „Stand“ des Militärs unnöthig macht; Aufhebung der Feudallasten und aller Uebelstände, welche der Demokratie widerstreben, d. h. des Adels und der Orden. Der Adel sei ein Feind der Demokratie. Was die Civilliste des Königs betreffe, so werden die Kammer keine Ermäßigung beantragen; aber vielleicht bringt das Oberhaupt des Staates freiwillig ein Opfer. Ueber diese Punkte müsse sich die Regierung offen erklären, wenn sie die Majorität der Kammern für sich haben wolle. Der Interpellant überreicht die Anfrage schriftlich und spricht dabei die Hoffnung aus, daß es kein Schwanengesang sein möge! — Staatsminister v. Beust verwahrt die Krone und Regierung gegen jeden Verdacht verfassungswidriger Tendenzen. Der Präsident Hensel erklärt, daß die erwähnten Tendenzen von dem Interpellanten weder in der Kammer, noch in der Regierung gesucht worden seien, sondern in anderen Kreisen. Tzschirner bestätigt dies. — Doch ich breche ab. Ihre Leser werden übergenug haben an diesen volksglücksflehenden Ueberschwenglichkeiten, um nicht zu sagen — Widerwärtigkeiten. Ob unser Herrgott im Himmel unserer Kammer zu Gefallen regiert — Ihr Correspondent weiß es nicht, zweifelt aber daran.

Stuttgart, 14. März. Zur Verathung in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer lag die Exigenz für die Apanagen und Wittthume vor, für welche auf das Etatsjahr 1848—49 die Summe von 305,105 fl. gefordert wird. Der Abg. Becher trat mit dem Antrage auf, die Tagesordnung auszufügen, bis die Finanzcommission über die Besteuerung der Apanagen Bericht erstattet haben werde, indem die Ansicht sehr vieler Mitglieder über die Apanagen von der Besteuerung derselben abhängt. Dieser Antrag wurde beim Namensaufruf von der Kammer einstimmig angenommen, zugleich aber fielen sehr starke Aeußerungen, z. B. mit den Standesherrn könne man ein Hausgesetz ohnedies nicht beraten, und es frage sich jetzt nicht, wie viel erhalten, sondern wie viel bezahlen die Herren (Zwenger); Prinz Paul von Württemberg habe bisher 2 1/2 Millionen Gulden erhalten und außer Landes verzehrt, womit man zehn Jahre lang den Landtag erhalten könne, welcher doch gewiß soviel werth sei, als jener Prinz (Menzel); allgemein wurde bedauert, daß die Betheiligten nicht, schon aus politischen Gründen, Nachlässe freiwillig gewährt haben, wie in andern Ländern. — Hinsichtlich des Postregals, welches mit 70,000 fl. in den Etat aufgenommen wurde, da bekanntlich die württembergischen Posten an das Haus Thurn und Taxis seit 9. September 1819 in der Eigenschaft eines Erb-Mann-Thron-Lebens überlassen sind, wurde mit 52 gegen 20 Stimmen der Commissions-Antrag zum Beschluß erhoben: Die Staatsregierung zu bitten, sie möge die günstige Wendung der Verhältnisse benützen, um den mit dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis im Jahre 1819 abgeschlossenen Postvertrag mit einem möglichst unerheblichen Opfer der Staatskasse auf dem Wege der Vereinbarung oder der Gesetzgebung vollends aufzuheben, und die Postanstalt in Selbstverwaltung des Staates zurückzunehmen. Die für diesen Antrag Stimmentenden waren der Ansicht, daß bei Auflösung dieses Lebensverbandes der Ablösungsschilling in einer Weise bestimmt werden müsse, daß die Staatskasse nicht in Verlegenheit kommen könne (Seeger), der Werth des vielleicht nicht wiederkehrenden Augenblicks sei zu ergreifen und aus den Grundrechten die Angriffswaffe gegen den Postvertrag zu schmieden (Menzel), es sei ein historischer Mißgriff, daß diese Dienstvermiethung in Form eines Lebensvertrages stattgefunden habe, und das Recht des Hauses Taxis auf diesen Pacht könne sogar unentgeltlich aufgehoben werden, wonach die Entschädigungsfrage für sich zu behandeln sei (Becher), man müsse um so rascher verfahren, weil bereits Hindernisse sich zeigen, indem, wie verlautet, die Taxis'sche Postverwaltung beschwerend an die Reichsgewalt sich gewendet habe (Seeger). Darauf antwortete Freiherr v. Linden, daß eine solche Betreibung der Vertragslösung eine particularistische Gesetzgebung wäre, daß überhaupt bei der Aufhebung des Postvertrags, welcher dem Inhaber ein nughabes Capital gewähre, nicht wohl derselbe Maßstab angelegt werden könne, wie bei den übrigen Lehen. Wenigstens sollte man es der Erwägung der Regierung überlassen, ob es im jetzigen Augenblicke rathlich und ausführbar wäre, die Lösung vorzunehmen, ob wohl, wie Reyscher hinzufügte, der Staatskasse jetzt das große Opfer, die Vertragslösung, das die Uebernahme eines so großen Personals erfordere, zuzumuthen, ob nicht vielmehr abzuwarten sei, bis das deutsche Reich das ganze Postwesen in seine Hände nehme. Auch Linden bezweifelte, ob für den Staat jetzt aus der Uebernahme ein großer Nutzen entspringen werde, und Plaz berechnete die Kosten der Uebernahme für den Staat auf die jetzt fast unmögliche Ausgabe von beinahe 1 1/2 Millionen Gulden. Darin waren aber alle einverstanden, daß die Vertragslösung für das Land höchst wünschenswerth wäre, und Staatsrath Goppelt erklärte, daß die Regierung bereits hiermit sich beschäftige, daß aber der Gegenstand so viele

Seiten der Erwägung biete, daß bisher unmöglich habe rascher verfahren werden können. Der fernere Commissionsantrag, das Gewerbe der Postanstalt, so wie jedes andere im Staate, für das laufende Jahr und für so lang als die Post nicht wirklich in die Staatsverwaltung übergegangen, zu besteuern, fand keinen Widerspruch.

Gotha, 7. März. In der gestrigen Sitzung der Abgeordneten kam die Vereinigung der thüringischen Staaten abermals zur Sprache, da der Herzog eine verfassungsmäßige Verbindung der Herzogthümer Koburg und Gotha wiederholt beantragte. Die Hauptschwierigkeit bieten die finanziellen Verhältnisse dar. Im Hinblick auf die Idee der deutschen Einheit, die durch kleinliche Sonderinteressen allzu oft gefährdet wird, hat jedoch die gotha'sche Abgeordneten-Versammlung beschlossen, sobald die von ihr beratene Verfassung publicirt sein wird, eine Deputation aus ihrer Mitte zu ernennen, um mit einer Deputation der koburger Stände zusammenzutreten, und das Ob und Wie der vielbesprochenen Vereinigungsfrage in Angriff zu nehmen.

Nachricht.

Hannover, 14. März. Zweite Kammer. Stüve beantragt, mit Bezug auf die heutigen Nachrichten aus Frankfurt, die Verathung des neuesten Ministerialschreibens bis Montag zu vertagen, wo dann der Frankfurter Beschluß bekannt sein würde. Der Minister ist ausfallend milder als gestern, er appellirt an die Vaterlandsliebe der Kammer; er zweifelt nicht, daß der Kaiserbeschluß in Frankfurt zu Stande kommen und daß auch die preussische Nationalversammlung ihm gern entgegenkommen werde. Sollte dann, sagt Herr Stüve hinzu, Oesterreich entschieden sich von Deutschland zurückziehen, so würde den anderen Regierungen nichts übrig bleiben, als ihre Angelegenheiten der Sachlage gemäß zu ordnen. Lang II. widerlegt sich dem Antrage auf Vertagung des Beschlusses; Stüve's Antrag wird darauf bei namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 19 Stimmen verworfen. Man geht zur Verathung des Regierungsantrags über; nur Stüve, Ellissen und beide Lang reden. Niemand von der ministeriellen Seite vertheidigte ihn; dann wird er mit 67 gegen 7 Stimmen verworfen; nur 4 St. hatten sich zu den dreien der Minister gesellt.

*** Paris, 14. März.** Die Pforte hat dem Vernehmen nach ein Memorandum an Frankreich und England gerichtet, in welchem sie den Regierungen von Paris und London die Gründe ihrer Rüstungen auseinandersetzt, und die Cabinete auffordert, ihr in einem Kampfe gegen Rußland beizustehen.

Der hiesige deutsche Verein beabsichtigt, die Jahresfeier der Berliner und Wiener Revolution am nächsten Sonntage durch ein Banket zu feiern.

Die „Gazette de France“ weißagt ihren Lesern alles Ernstes, daß am 18. März oder spätestens 5. April eine republikanische Schilderhebung unter Anführung Heinen's in ganz Deutschland losbrechen werde.

*** Turin, 10. März.** Die gestrige Deputirtensitzung war überaus wichtig. Das Ministerium verlangte darin die Aufhebung der Geseze auf 3 Monate, welche die persönliche Freiheit garantiren; ferner die Vollmacht zur Contrahirung eines Anlehens von 50 Millionen im Auslande und eines freiwilligen Anleihen im Inlande. Zwei Millionen Franken wurden sofort zur Bewaffnung der Bürgerwehr verfügt. Der Herzog von Savoyen ist zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. General Chranowski will nach eigenem Wunsch nur die zweite Stelle einnehmen.

Dem „National“ zufolge sollen die Feindseligkeiten zwischen Karl Albert und der österreichischen Armee am 13. d. beginnen.

*** London, 13. März.** Baron Rothschild läßt alle Effecten von Werth, welche er nach der Februarrevolution nach England geschickt hatte, wieder nach Paris zurückkommen.

Börsenberichte.

Wien, 12. März. 5pEt. Metall 85 3/4. — 4pEt. 67. — 3pEt. —. — 2 1/2pEt. 44 1/2. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 142 1/2. — 250 fl. Loose 90 3/4. — Nordbahnactien 99. — Gloggnitzer 94. — Mailänder 64.

5pEt. Metalliques zu höheren Coursen begehrt und stark fehend, wie überhaupt die Börse für Fonds sehr willig. Gold und Devisen sind zurückgegangen, und letztere blieben in kurzer Sicht angeboten.

Amsterdam, 14. März. 4 Mr. 2 1/2pEt. Ziegr. 49 1/2. — 3pEt. Schuld 58 1/2. — 5pEt. Span. à 510 L. 11 1/2. — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 22 5/8. — 11/16 1/8. — 3pEt. Port. 28. 27 7/8. — 4pEt. do. 29. 28 11/16 3/8. — 4pEt. Russ. bei Pope 81 1/2. 82. — do. bei Stieglitz 81 1/2. 7/8. — 5pEt. Metall. 72 3/4. 72. 71 1/2. — 2 1/2pEt. do. 38 1/2.

Die niedrige Pariser Notirung von vorgehert hatte heute sowohl auf unsere inländischen, wie auswärtigen Effecten ungünstig gewirkt. In Integralen, Oesterr., Französischen und Portugiesischen war der Handel sehr animirt. Von Südamerikanischen waren Peru zu niedrigeren Coursen angeboten. Mexikaner preisbaltend, nach Venezuela war sehr lebendige Frage.

Paris, 14. März. Stand der Rente: 5pEt. 86. 35. — 3pEt. Span. 54. 85. — Neue 85. 95. — Neapol. 80 Fr. — Neue 3pEt. 30 1/2. — Innere Schuld 22 1/2. cpt. — Bankactien 2375. — St. Germain-Eisenbahn 440. — Versailles, rechtes Ufer 251. 25. — Linkes Ufer 205. — Paris-Orleans 867. 50. — Paris-Rouen 540. — Orleans-Bordeaux 417. 50. — Orleans-Bierson 370. — Rouen-Savre 312. 50. — Marseille-Avignon 237. 50. — Strasbourg-Basel 112. 50. — Nordbahn 466. 25. — Paris-Strasbourg 373. 75. — Römische Anlehen 69. 69 1/2. 1/2. 70. 70 1/2. 70.

Bei wenig lebhaftem Verkehr stellten sich die Course etwas besser wie gestern.

London, 13. März. 3pEt. Stacks 92 3/4. à 7/8. — 5pEt. Span. 17. — Neue 3pEt. 29 1/2. do.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.